



Presseschau vom 04.12.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: „Von Sahel über das Mittelmeer bis in den Osten“: Maas stimmt Deutsche auf Kooperation mit USA ein

Außenminister Heiko Maas freut sich auf die „Rückkehr der USA auf die internationale Bühne“ mit Blick auf die Präsidentschaft von Joe Biden. Die Europäer seien bereit, so Maas, ihren Teil dazu beizutragen, im Bündnis mit den USA „ein Garant für Frieden, Demokratie und Menschenrechte“ zu sein. Aber was bedeutet das? ...

<https://sptnkne.ws/E7Dz>

Andrej Koz: Donbass: Eine „rein militärische Lösung“ in Sicht?

Panzer, Truppentransporter, Raketenwerfer und Artillerie – die Spähaufklärer der Volksrepubliken Donezk und Lugansk stellen fest, dass Kiew seine Kräfte an der Kontaktlinie in der Ostukraine seit Wochen verstärkt. Menschen in den Gebieten befürchten, Kiew setze sich in Bewegung, um den Donbass gewaltsam zu besetzen. ...

<https://sptnkne.ws/E8k7>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Karabach-Konflikt: Erste Festnahmen bei Massenprotesten gegen**

Paschinjan in Eriwan

Die armenischen Sicherheitskräfte haben am Donnerstag mehrere Teilnehmer einer Protestdemonstration gegen Regierungschef Nikol Paschinjan festgenommen, berichtet ein Sputnik-Reporter vor Ort aus der Hauptstadt Eriwan.

Oppositionelle blockierten eine der zentralen Verkehrsstraßen in Eriwan – den Tigran-Mez-Prospekt. Mehrere Protestteilnehmer saßen direkt auf der Fahrbahn. Polizisten schleppten sie zum Bürgersteig, einige wurden in Gewahrsam genommen, ihre genaue Zahl war zunächst nicht bekannt.

Opposition fordert Paschinjans Rücktritt

Nach dem Ende des Karabach-Krieges protestieren Bürger gegen Paschinjans Position in dem Konflikt mit Aserbaidschan. Sie beschimpfen ihn als „Verräter“, weil er mehrere Territorien in Bergkarabach an Baku abtrat, nachdem er und Aserbaidschans Präsident Gejdar Alijew unter Vermittlung des russischen Staatschefs Wladimir Putin in der Nacht zum 10. November ein Friedensabkommen unterzeichnet hatten.

Die Protestierenden fordern Paschinjans Rücktritt, die Bildung einer Übergangsregierung sowie Neuwahlen.

Armenische Justiz leitet Strafverfahren ein

Die armenische Ermittlungsbehörde eröffnete ein Verfahren wegen „gesetzwidriger Organisation und Durchführung von Versammlungen“. Den Schuldigen drohen bis zu zwei Monaten Haft.

Laut Abkommen werden die Seiten die Kriegsgefangenen und die Körper getöteter Soldaten austauschen. Zudem hat Armenien bereits die Kreise Kelbadschar, Latschin und Agdam in Bergkarabach an Aserbaidschan übergeben. Die Waffenruhe in der Region wird von einem 2000 Mann starken russischen Friedenskontingent kontrolliert, das bereits in Bergkarabach stationiert ist.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0c/03/328470587_0:261:3077:1926_1000x080_0_1_3dfff4d475c3f0106f6a4fef2889b657.jpg

vormittags:

wpered.su: In Sugres haben Komsomolzen eine Unterrichtsstunde zum Thema Mut durchgeführt

Vertreter der Stadtorganisation von Sugres des Leninschen Komsomol der DVR haben für Erstklässler eine Unterrichtsstunde zum Thema „Ruhm Dir, Sugres!“ durch. Bei dem Treffen erzählten die Komsomolzen den Kindern von der Geschichte der Stadt in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/12/Zugryes-768x576.jpg>

de.sputniknews.com: **Journalisten von Sputnik und Baltnews in Lettland festgenommen – Moskau kritisiert scharf**

Lettische Behörden haben am Donnerstag russischsprachige Journalisten von Baltnews und Sputnik Latvija festgenommen, bei ihnen Durchsuchungen durchgeführt, sie verhört und anschließend nach dem Artikel 84, wegen der angeblichen Verletzung des EU-Sanktionsregimes, angeklagt. Moskau hat die Handlungen des baltischen Staates nun scharf kritisiert.

Alle betroffenen Journalisten wurden außerdem verpflichtet, das Land nicht zu verlassen. Ihnen drohen nun Geld- oder Haftstrafen. Als Grund gaben lettische Behörden EU-Sanktionen gegen den Chef der Mediaholding Rossiya Segodnya (Dt. - Russland heute), Dmitri Kisseljow, an.

„Doch diese Restriktionen haben einen personellen Charakter und wurden persönlich gegen den Chef von Rossiya Segodnya verhängt, sie können nicht auf alle ausgedehnt werden, die mit der Mediaholding zusammenarbeiten“, kritisierte das russische Außenministerium.

Deshalb seien die Vorwürfe lettischer Behörden wegen der Verletzung des EU-Sanktionsregimes inakzeptabel. Die aggressiven Handlungen des lettischen Sicherheitsdienstes in Bezug auf die Mitarbeiter des Sputnik-Büros in Riga im Besonderen und russischsprachige Journalisten im Allgemeinen seien „ein krasses Beispiel für die Verletzung der Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft und zwar der Medien- und Meinungsfreiheit.“

Wie das russische Außenministerium weiter mitteilte, wurden gleichzeitig russischsprachige Journalisten der Nachrichtenagentur Baltnews und einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Lettland angegriffen.

„All dies ist eine echte Strafaktion, die keinen Zweifel an dem russophoben Hintergrund der erfundenen Anschuldigungen lässt“, verlautete aus Moskau.

Das Thema werde im OSZE-Ministerrat zur Sprache gebracht. Russland hoffe, dass der neue OSZE-Vertreter für die Medienfreiheit die Geschehnisse nicht außer Acht lässt und Lettland auf die „Unannehmbarkeit solcher Angriffe“ auf die Medien sowie auf die Notwendigkeit hinweist, „internationale Verpflichtungen bei der Sicherheit der Meinungsfreiheit zu erfüllen“. „Wir rechnen auch mit einer angemessenen Bewertung durch die EU“, so das russische Außenamt.

Die Chefredakteurin von Rossiya Segodnya und RT, Margarita Simonjan, äußerte in ihrem Telegram-Kanal die Hoffnung, dass Russland die Handlungen lettischer Behörden nicht unbeantwortet lässt.

„In Lettland wurden gegen die Journalisten, die mit uns arbeiteten, Strafverfahren eingeleitet. Natürlich wegen der Kooperation mit uns. Durchsuchungen. Schweigepflicht. Mit einigen können wir uns nicht in Verbindung setzen. Ich hoffe, unser Heimatland findet eine angemessene Antwort, schrieb Simonjan.

Journalistenverfolgung in Estland

Eine ähnliche Situation gab es voriges Jahr in einem anderen baltischen Staat, Estland. Die Behörden des Landes haben den Mitarbeitern von Sputnik Lettland angedroht, Strafverfahren gegen sie einzuleiten, wenn sie ihre Arbeitsverhältnisse mit der Dachorganisation Rossiya Segodnya nicht einstellen. Damals wurden als Grund ebenfalls Sanktionen der EU aus dem Jahr 2014 gegen einige Personen und Unternehmen, darunter gegen den Chef der Mediaholding Dmitri Kisseljow angegeben.

Wie Harlem Desir, OSZE-Beauftragter für die Freiheit der Medien, damals betonte, versucht Tallinn die Wirkung persönlicher EU-Sanktionen auf das Sputnik-Team auszudehnen, was ein Problem im Bereich Medienfreiheit schafft.

Der russische Präsident Wladimir Putin sagte damals, russische Behörden werden alles Mögliche tun, um die Tätigkeit von Sputnik außerhalb Russlands zu unterstützen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/30880/66/308806656_25:284:1162:900_1000x0_80_0_1_6551cd207f63ff4519d06204efb0776b.jpg

wpered.su: Kommunisten aus der DVR lieferten humanitäre Hilfe der KPRF nach Kirowskoje

Am 3. Dezember besuchten Vertreter der KP der DVR und der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass aus Anlass des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung Kirowskoje. Sie brachten humanitäre Hilfe der KPRF, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow übergab ein Hilfspaket einer Frau, die an einer schweren Form von ICP leidet. Bei einem Gespräch mit den Anwesenden unterstrich er, dass die Kommunistische Partei der RF seit sechs Jahren humanitäre Hilfe in den Donbass sendet. Die Kommunisten der DVR übergaben auch Lebensmittelpakete an eine psychoneurologische Tagesklinik.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/12/Kirovskoe-3-768x576.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 3. Dezember 2020 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt, um 20:45 Uhr aus Richtung Katerinowka in Richtung Molodjoshnoje: Schusswaffen (10 Schüsse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Biden will multilateralen Ansatz gegenüber Iran, Russland und China verfolgen**

Joe Biden, nach vorläufigen Angaben zum US-Präsidenten gewählt, hat einen Einblick in seine zukünftige Außenpolitik gegeben. Nach eigenen Worten verfolgt er einen multilateralen Ansatz gegenüber dem Iran, Russland, China und anderen Ländern, an dem US-Verbündete in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum beteiligt sein werden.

„Wir müssen Teil einer großen Gruppe sein, um nicht nur mit dem Iran, sondern auch mit Russland, China und anderen zu umzugehen“, sagte Biden gegenüber dem Sender CNN. Er betonte, dass er vor seinem Amtsantritt keine US-Politik formulieren könne.

„Ich kann jetzt keine Politik machen, aber ich möchte ein enges Bündnis sowohl in Europa als auch im Indischen und Pazifischen Ozean wiederherstellen“, erklärte Biden.

Diese Verhandlungen (mit der EU – Anm. d. R.) würden schwierig sein. Er mache sich diesbezüglich keine Illusionen, so Biden.

Die Europäische Union will auch weiterhin mit den USA zu Themen kooperieren, die Russland betreffen. Das gelte insbesondere für die Einhaltung internationaler Normen durch Russland, heißt es in der von der EU-Kommission am Mittwoch vorgeschlagenen neuen Agenda der Zusammenarbeit EU-USA bei globalen Wandlungen.

„Der Schwerpunkt der transatlantischen Kooperation bleiben weiterhin mit Russland zusammenhängende Aspekte, allen voran die Einhaltung des Völkerrechts (durch Moskau)“, hieß es in dem Papier.

Der Druck über Sanktionen soll dabei auch stärker werden. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328440261_0:0:3012:1629_1000x0_80_0_1_177ccc4e949c945e6a7c6c647383d52f.jpg

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Besatzer haben wieder grob den geltenden Waffenstillstand verletzt und das Feuer auf unsere Republik eröffnet.

Heute haben Straftruppen aus der 36. Marineinfanteriebrigade das Feuer mit 120mm-Mörsern eröffnet und 12 Mörsergeschosse auf unsere Positionen im Gebiet von **Leninskoje** abgefeuert. Die Feuerleitung betrieben die Kämpfer unter Einsatz einer Drohne, die von unseren Luftabwehreinheiten vernichtet wurde.

Durch adäquates erwidernes Feuer wurde die Feueraktivität des Gegners unterdrückt.

Die Verluste des Feindes werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **durch feindlichen Beschuss zwei unserer Verteidiger tödlich verletzt** wurden. Wir äußern gegenüber den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl.

Hauptziel der ukrainischen Kämpfer, die zielgerichtet das Feuer auf unsere Beobachter der Lage eröffneten, war es, den Tod von Verteidigern der Republik zu erreichen.

Nach unseren Informationen befand sich während der Provokationen eine Gruppe von Journalisten auf den ukrainischen Positionen.

Wir sind überzeugt, dass der Beschuss von Seiten der BFU vor den in Mariupol eingetroffenen Botschaftern Tschechiens, Ungarns, der Slowakei und Polens durch die Vertreter des GZKK der Ukraine verheimlicht werden wird.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Weltgemeinschaft auf, den Fall grober Verletzung des Waffenstillstands zu registrieren, die militärisch-politischen Führung der Ukraine zu zwingen, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen und die Frage der Stabilisierung der Lage im Donbass bei dem heutigen Treffen des Ministerrats der OSZE aufzuwerfen.

de.sputniknews.com: **Pentagon setzt vier Unternehmen aus China auf „schwarze Liste“**

Die USA haben laut einer Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums gemäß dem Gesetz „National Defense Authorization Act“ vier chinesische Firmen auf die „schwarze Liste“ gesetzt.

Die Liste umfasst demnach die Unternehmen China Construction Technology Co. Ltd. (CCTC), China International Engineering Consulting Corp. (CIECC), China National Offshore Oil Corp. (CNOOC) und Semiconductor Manufacturing International Corp. (SMIC). Diese werden im Schreiben als „chinesische kommunistische Militärunternehmen“ bezeichnet.

Das Pentagon sei bereit, der Strategie Chinas zur Entwicklung des zivil-militärischen Sektors

entgegenzuwirken, der die Modernisierungsziele der Volksbefreiungsarmee durch die Sicherung des Zugangs zu fortgeschrittenen Technologien unterstütze. Das werde auch von jenen chinesischen Unternehmen, Universitäten und mittels Forschungsprogrammen getan, die als „zivil“ erscheinen sollen.

Das US-Verteidigungsministerium hat die ursprüngliche Liste der Unternehmen im Juni 2020 publikgemacht und wird diese bei Bedarf weiter aktualisieren.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 3. Dezember 3:00 Uhr bis 4. Dezember 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über den Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Mariupol: Antipanzershandgranatwerfer – einmal (2 Granaten),

Antipanzersgranatwerfer – zweimal (5 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Leninskoje**.

Um 14:27 und 14:51 Uhr wurden vier **Detonationen im Gebiet von Wodjanoje** festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse betrug 7.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.sputniknews.com: „Weiterhin starker Partner“: US-Kongress bremst Trumps Truppenabzug aus Deutschland

Der US-Kongress will wohl die Pläne des abgewählten Präsidenten Donald Trump verhindern, die Truppen der USA aus Deutschland abzuziehen. Der Rückzug soll vorerst blockiert werden, hieß es im Entwurf für das Gesetzespaket zum US-Verteidigungshaushalt, auf den sich Demokraten und Republikaner in beiden Kammern im Kongress am Donnerstag einigten.

Aus dem Dokument geht hervor, dass der US-Verteidigungsminister in einem Bericht an den Kongress darlegen müsse, ob ein solcher Abzug im nationalen Interesse der USA wäre. Frühestens 120 Tage danach dürfe die Zahl der in der Bundesrepublik stationierten US-Soldaten reduziert werden.

Mitglieder des von den Demokraten kontrollierten Repräsentantenhauses und des von Trumps Republikanern dominierten Senats einigten sich am Donnerstag auf das mehr als 4500 Seiten umfassende Gesetzespaket zum Verteidigungshaushalt für 2021. Nach einer Verabschiedung durch die beiden Kammern im Kongress muss Trump das Gesetz unterzeichnen, damit es in Kraft tritt.

Trump hatte im Juni den Abzug einer Drittel der rund 35.000 US-Soldaten in Deutschland angekündigt und den Schritt mit aus seiner Sicht zu geringen Verteidigungsausgaben Deutschlands begründet. Doch diese Pläne stießen auf Kritik bei Militärs, aber auch in der eigenen republikanischen Partei. Im Kongress kündigten sowohl die Demokraten als auch Trumps Republikaner Widerstand gegen den Schritt an.

Im Entwurf hieß es nun, der Kongress schätze Deutschland weiterhin als starken Nato-Partner. Die Anwesenheit der US-Streitkräfte in Deutschland diene als wichtige Abschreckung gegen angebliche „Expansionsbestrebungen Russlands in Europa“. Die US-Truppen in Deutschland seien zudem von zentraler Bedeutung für die Unterstützung der US-Einsätze im Nahen Osten, in Afrika und in Afghanistan.

Trump hat gedroht, den Verteidigungshaushalt mit einem Veto zu blockieren – allerdings nicht

aufgrund der Blockierung des Truppenabzugs, sondern wegen eines Streits über die Reglementierung von Online-Plattformen.

Ein Veto des Präsidenten kann mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus und Senat überstimmt werden. Das Gesetzespaket zum Verteidigungshaushalt gehört zu einer Reihe von Gesetzesvorlagen, die der Kongress noch vor Ende des Jahres beschließen will. Der Republikaner Trump hat die Präsidentenwahl am 3. November gegen den Demokraten Joe Biden verloren, will aber bislang seine Niederlage nicht anerkennen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32138/95/321389512_25:0:2048:1093_1000x0_80_0_1_c22a479ebd445c241601888254bfff48.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 4. Dezember um 9:00 Uhr 1824 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 1587 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 148 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Attentat auf Atomphysiker: Israel warnt seine ausländischen Bürger vor iranischer Bedrohung**

Nach der Tötung eines hochrangigen iranischen Atomphysikers hat der Nationale Sicherheitsrat Israels seine Bürger im Ausland vor einer wachsenden Bedrohung durch die Islamische Republik gewarnt.

Dabei gehe es um Länder in der Region wie Georgien, Aserbaidshan, die Türkei, die VAE und Bahrain sowie Staaten in Afrika, teilte die Anti-Terror-Abteilung des Sicherheitsrats in der Nacht zum Freitag mit. Es bestehe die Besorgnis, dass jüngsten Drohungen aus dem Iran Taten folgen würden, hieß es.

Der Atomphysiker und Raketenexperte Mohsen Fachrisadeh war vor einer Woche bei einem Anschlag in einem Vorort der iranischen Hauptstadt Teheran ermordet worden. Die Hintergründe sind noch unklar. Teheran macht die USA und Israel dafür verantwortlich. Israelische Politiker haben sich bis jetzt eines Kommentars enthalten.

мздр.рус: Am 3. Dezember wurden in der DVR 429 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 140 positiv, bei 20 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinischer Anzeichen gestellt.

Am 4. Dezember um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 11.309 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4954 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 5285 als gesund entlassen, es gibt 1067 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 43 Patienten als gesund entlassen.

In den letzten 24 Stunden wurden 93 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, drei weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 70 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1498 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 493 mit Sauerstoffunterstützung (+15 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Grenzdurchbruch aus Ukraine: Bewaffnete Gruppe will nach Russland eindringen**

Drei bewaffnete Menschen haben versucht, aus der Ukraine nach Russland einzudringen. Das teilte das russische Inlandsgeheimdienst FSB am Freitag mit.

Zu dem Vorfall kam es an der Grenze unweit der Stadt Belgorod.

„Beim Festnahmeversuch haben die Verbrecher bewaffneten Widerstand geleistet“, hieß es. Infolge des Gegenfeuers sei einer der Täter tödlich verletzt worden. Den zwei weiteren sei es gelungen, zurück in die Ukraine zu fliehen.

Weitere Details sind momentan nicht bekannt.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31358/03/313580306_0:193:3075:1854_1000x541_80_0_0_af6d14ec4b0a836cc8922552c40e9d1b.jpg

nachmittags:

deu.belta.by: **Belarus will Lieferungen von Milchpulver nach Venezuela vergrößern**

Belarus will Lieferungen von Milchpulver nach Venezuela vergrößern. Das gab die belarussische ausländische Einrichtung in Venezuela bekannt.

Darüber wurde beim Treffen am 3. Dezember des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters von Belarus Andrej Moltschan mit dem Generaldirektor des Unternehmens Branza 1800, C.A. beraten. „Dieses Unternehmen lieferte schon Milchpulver nach Venezuela“, machte die belarussische diplomatische Mission in Caracas aufmerksam. Während der Gespräche besprachen die Seiten Kooperationsaussichten.

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 28. November bis 4. Dezember 2020**

In der letzten Woche haben die Kämpfer der BFU 16-mal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung verletzt. In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen hat der Gegner zwölf **Feuerprovokationen in Richtung folgenden Ortschaften durchgeführt: Wesjoloje,**

Leninskoje, Kominternowo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka.

In Verletzung des ersten Punkts des Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 36. Brigade eine **Drohne des Typs „Mavic Pro“ eingesetzt**. Im Gebiet von Kominternowo wurde eine Drohne des Gegners unter Einsatz einer Station der elektronischen Kriegsführung „Terikon-M2N“ zum Landen gezwungen, an der Drohne wurde eine Abwurfeinrichtung mit einer BOG-Granate entdeckt.

In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zweimal das Feuer mit Antipanzergrenatwerfern, automatischen und Unterlaufgranatwerfern auf **Leninskoje** eröffnet und seit Beginn des heutigen Tages mit 120mm-Mörsern und automatischen Granatwerfern.

So wurden heute **zwei unserer Verteidiger** dieser Ortschaft beim Beschuss durch Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade mit 120mm-Mörsern **tödlich verletzt**. Wir bringen den Verwandten und Freunden der Toten gegenüber unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck. Es ist wichtig anzumerken, dass zur Verheimlichung der Eröffnung des Feuers von Seiten der BFU **Vertreter des ukrainischen GZKK mehrfach Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung an der Kontaktlinie gefälscht** haben, indem den Beschuss von Seiten der Ukraine entfernt und fälschlich Fälle von Verstößen seitens der Volksmiliz eingefügt haben.

So wurde am 2. Dezember der Assistent des Leiters des ukrainischen GZKK Oberst Ischtschenko unter dem Verdacht des Empfangs von Bestechungsgeldern von Vertretern des SBU und des Nationalen Antikorruptionsbüros festgenommen, er hatte gegen Geldzahlungen eine Videoaufzeichnung von Verstößen gegen das Regime der Feueereinstellung durch Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade am 28. November gelöscht.

Aber nach uns vorliegenden Informationen verweist Ischtschenko als Rechtfertigung für seine Handlungen darauf, dass er dies nicht im Rahmen eines Korruptionsgedankens tat, sondern um der ukrainischen Seite in der Kontaktgruppe zu helfen, die Volksrepubliken der Nichteinhaltung des Waffenstillstands zu beschuldigen und so ihr Rating in den Augen der internationalen Gemeinschaft zu senken.

In Verletzung der Minsker Vereinbarungen verlegt das ukrainische Kommando weitere schwere Waffen, die sich an den Abzugsorten befinden müssen, in die OOS-Zone.

In der letzten Woche haben Beobachter der OSZE-Mission die Stationierung von 71 Stück Waffen und Militärtechnik der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ bestätigt: Aus dem Bestand der abziehenden 54. mechanisierten Brigade und der zu deren Ablösung eintreffenden 72. mechanisierten Brigade:

12 T-64-Panzer an der Eisenbahnstation in Konstantinowka, 12 T-64-Panzer an der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk, fünf 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“, vier 122mm-Haubitzen „Gwosdika“ und vier 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“ an der Eisenbahnstation in Drushkowka sowie zwei Schützenpanzer in der Nähe der Schule Nr. 4 in Awdejewka.

Aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade:

Zwei T-64-Panzer in Rosowka, neun gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in Romanowka, ein Panzerschlepper und ein Schützenpanzer in der Nähe eines Wohngebiets von Nowosjlowka.

Aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade:

Vier Schützenpanzer am Rand von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

Vier Schützenpanzerwagen auf einem Wirtschaftsgebiet am Rand von Bugas und drei Abwehrgeschütze „Osa“ in Gefechtsbereitschaft am Rand von Kalinowo, zwei Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen in Bogdanowka.

Aus dem Bestand des 11. Abwehrraketenregiments:

Vier Abwehrgeschütze „BUK-M1“ in der Nähe der Eisenbahnstation in Artjomowsk.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

Ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Talakowka.

Um die verbotenen Waffen und Militärtechnik, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert sind, zu verheimlichen, setzen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter aktiv Mittel der elektronischen Kriegsführung ein, um die **Aktivität der Drohnen der OSZE-Mission**, die Flüge über dem von den BFU besetzten Territorium entlang der Kontaktlinie absolvieren, zu **blockieren**.

So haben unsere Beobachter in der letzten Woche die Aktivität von Komplexen „Bukowel AD“ einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade und einer mobilen Gruppe für elektronische Kriegsführung aus dem 306. Bataillon für elektronische Kriegsführung bemerkt, die die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE im Gebiet von Berdjanskoje und Awdejewka blockieren. Insgesamt wurden im Zeitraum vom 28. November bis zum 4. Dezember vier Fälle von aktivem Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung durch den Gegner in Richtung Mariupol festgestellt.

Außerdem erproben ukrainische Spezialisten aus dem 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung in Richtung Mariupol eine experimentelle Störstation „Biwak“ zur Blockade von Funksignalen von Kameras der OSZE-Mission, die an der Kontaktlinie installiert sind. Außerdem verminen die Besatzer die Zugangswege zu Gebieten mit einer Konzentration verbotener ukrainischer Waffen, um zu verhindern, dass Beobachter diese besuchen. Solche Fälle haben wir auf allgemeinen Straßen in der Nähe von Wodjanoje, Gnutowo, Tschernenko und Pawlopol festgestellt.

Unsere Aufklärung hat Informationen **über eine außerplanmäßige Rotation von Einheiten in der OOS-Zone** erhalten.

So wird nach uns vorliegenden Informationen in den nächsten zwei bis drei Wochen eine Ablösung von Besatzern in Richtung Mariupol stattfinden. Zur Ablösung der 53. mechanisierten Brigade, die den Süden der Oblast Donezk besetzt, wird die 128. Gebirgsschützenbrigade aus Transkarpatien kommen.

Ursache einer solch unerwarteten Verlegung der Gebirgsschützenbrigade in Steppengebiete des Donbass ist die **Gefahr, dass bewaffnete Kämpfer aus dem Verband die Seite transkarpatischer Separatisten übergehen**, deren Auftritte und Aufrufe in Ushgorod und Mukatschewo zum Übergang des Oblastes unter die Jurisdiktion Ungarns inzwischen Ausmaße angenommen haben, die es erfordern, zusätzliche militärische Einheiten aus dem SBU und dem Innenministerium der Ukraine heranzuziehen.

Derzeit sind in der transkarpatischen Oblast unter der Legende von gemeinsamen Kommandostabsübungen vor Ort Einheiten der 2. Brigade der Nationalgarde der Ukraine aus Lwow, des 8. operativen Regiments der Nationalgarde der Ukraine aus der Oblast Winniza und des 8. Spezialregiments der ukrainischen Streitkräfte, das zuvor Übungen im 184.

Ausbildungszentrum in der Oblast Lwow durchlaufen hat, zusammengezogen. Vom SBU werden Mitarbeiter der Abteilungen zum Schutz der nationalen Staatlichkeit der Hauptabteilungen der Oblaste Winniza, Chmelnik, Shitomir und Lwow herangezogen.

Es ist bemerkenswert, dass das 8. Spezialregiment im 184. Ausbildungszentrum Methoden des Antipartisanenkrieges lernte und als Instruktoren Soldaten aus der US-Armee auftraten. So sind derzeit, um zu verhindern, dass sich Transkarpatien von der Ukraine abspaltet, auf dem Territorium der Oblast 4000 Soldaten zusammengezogen.

Nach unseren Informationen werden die Maßnahmen zur „Säuberung“ der Oblast von Separatisten ab dem 7. Dezember beginnen und werden anhalten, bis eine Entscheidung über ihre Beendigung im Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine getroffen werden wird.

Es ist wichtig anzumerken, dass neben den militärischen Einheiten massenhaft Vertreter rechtsradikaler Organisationen und Bewegungen der Ukraine in die Oblast Transkarpatien kommen. Außerdem sind auf Versammlungen der Rechtsradikalen ständig

Aufrufe zu hören, eine Wiederholung des „Donbasser Szenarios“ nicht zuzulassen und alle ungarischen Separatisten noch vor Beginn eines offenen Konflikts zu vernichten.

Unsere Quellen in der 28. mechanisierten Brigade teilen Einzelheiten der vom 30. November bis 3. Dezember erfolgten Übungen des Verbandes auf dem Übungsplatz „Schirokij Lan“ in der Oblast Nikolajewka mit.

Nach genaueren Informationen wurden zu den Übungen eines mechanisiertes Bataillons und eine Antipanzerbatterie herangezogen.

Nach dem Plan der Übungen haben die ukrainischen Einheiten Angriffshandlungen und Durchbrüche durch die Verteidigung des Gegners bei gleichzeitiger Vernichtung von Panzertechnik des Gegners bearbeitet.

Bei den Übungen wurden Waffen eingesetzt, die aus der Türkei in die Ukraine geliefert worden waren.

So wurden zur Vernichtung der Panzertechnik des Gegners Antipanzerraketenkomplexe türkischer Produktion „L-UMTAS“ mit Lasersteuerung eingesetzt, die durch Drohnen vom Typ „Bajraktar“ erfolgte, dabei waren bei den Übungen Militärinstruktoren aus der Türkei sowie Vertreter des Unternehmens Roketsan, dass die Antipanzerraketenkomplexe produziert, anwesend.

Es ist wichtig anzumerken, dass nach Informationen aus dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte im Ergebnis der Übungen über den Kauf türkischer Antipanzerraketenkomplexe und deren Einführung in den ukrainischen Streitkräfte entschieden wird. Außerdem wird die Frage bearbeitet, ob vom Einsatz amerikanischer Antipanzerraketenkomplexe „Javelin“ zugunsten des Kaufs türkischer Komplexe abgesehen werden soll.

Aber nach Angaben der zentralen Abteilung für Ausbildung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte wird der Kauf ausländischer Waffen die Situation mit der Kampffähigkeit der Einheiten nicht korrigieren, weil das Ausbildungsniveau der derzeitigen Soldaten äußerst gering ist und die Übergabe teuren Materials in die Truppen entweder zu dessen Zerstörung oder zum Verlust führen wird.

Auf Grundlage dieser Schlussfolgerungen hat die Abteilung Vorschläge zur Durchführung einer Übung ukrainischer Kämpfer im Jahr 2021 vorgelegt. Aber angesichts der im kommen Jahr sinkenden Finanzierung des Verteidigungsministeriums sind von den für die Ausbildung vorgeschlagenen 80.000 ukrainischen Kämpfern in dem bestätigten Plan nur 1500 Soldaten, d.h. weniger als 2% des Plans, übrig geblieben.

Nach unseren Informationen hat diese Entscheidung des Verteidigungsministers Taran eine negative Reaktion von Seiten der oppositionellen Parteien und Vertreter rechtsradikaler Organisationen der Ukraine hervorgerufen, die diese Handlungen für eine Gefahr für die nationale Sicherheit und auf eine Absenkung der Kampffähigkeit der Streitkräfte gerichtet halten.

Inzwischen haben **Aktivisten der Partei „Swoboda“ eine Unterschriftensammlung für den Rücktritt des Verteidigungsministers der Ukraine Taran initiiert.**

Vor dem Hintergrund der Informationen über die Absage an die Erhöhung des Ausbildungsniveaus der ukrainischen Kämpfer rufen die **nicht kampfbedingten Verluste** in der letzten Woche keine Verwunderung hervor und sind eine klare Demonstration des Ausbildungsstands des Personals der BFU.

In der letzten Woche wurden fünf Fälle von Verletzungen und sieben Todesfälle von Kämpfern infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe und Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen festgestellt.

So erlitten in der 35. Marineinfanteriebrigade gleich drei Kämpfer Splitterverletzungen bei der Detonation einer RGD-5-Granate, die sie sich zum Spaß zuwarfen.

Am 1. Dezember erlitten zwei ukrainische Besatzer aus der 72. mechanisierten Brigade Verletzungen infolge eines Streits mit örtlichen Einwohnern aufgrund des Versuchs der Besatzer, Wellblech vom Zaun eines privaten Hauses in Awdejewka zu stehlen.

Je ein Fall von Selbstmord wurde in der letzten Woche in der 36. und der 35. Marineinfanteriebrigade sowie in der 53. mechanisierten Brigade festgestellt. Außerdem wurden **in der letzten Woche 96 ukrainische Kämpfer in der OOS-Zone in ernstem Zustand mit der Diagnose „Covid“ in Krankenhäuser von Mariupol und Krasnoarmejsk eingeliefert.**

Vier von den zuvor ins Krankenhaus Eingelieferten starben. Dabei hätten nach Auskunft der Ärzte die Kämpfer gerettet werden können, wenn sie mit den ersten Symptomen der Erkrankung in die medizinische Einrichtung eingeliefert und nicht in den Sanitätstruppenteilen der 72. und 56. Brigade versteckt worden wären, um zu versuchen den Fall von Coronaviruserkrankung gegenüber der Führung zu verheimlichen.

Am 30. November hat die Volksmiliz der DVR gemeinsam mit der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau-Donbass“ und im Rahmen einer humanitären Aktion das zentrale klinische Krankenhaus Nr. 3 von Donezk besucht, das derzeit COVID-19-Kranke aufnimmt.

Dem Krankenhaus wurden moderne Mehrfachschutzmasken mit austauschbaren Filterelementen, Desinfektions- und Waschmittel sowie Haushaltsinventar übergeben.

Die Volksmiliz plant im weiteren genauso fruchtbar mit der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau-Donbass“ zusammenzuarbeiten und den Krankenhäusern der Republik weiter Hilfe zu leisten.

de.sputniknews.com: **Enthüllungsplattform gegen CNN im Streit über vertuschte Biden-Affäre**

Eine unabhängige Enthüllungsplattform veröffentlicht Aufnahmen, auf denen CNN-Chef Jeff Zucker seine Kollegen anweist, einen Bericht über die Affäre um die Machenschaften von Hunter Biden, dem Sohn des gewählten US-Präsidenten, zu vertuschen. Nun droht der Medienriese den unabhängigen Journalisten mit einem Gerichtsverfahren.

Der Mainstream-Medienriese CNN hat diese Woche der unabhängigen Journalistenplattform „Projekt Veritas“ ein Gerichtsverfahren angedroht, weil das Projekt angeblich rechtswidrig Tonaufnahmen interner Gespräche des US-Senders geleakt haben soll. CNN bestätigte zwar nicht, dass die Aufnahmen tatsächlich von ihm stammten, schrieb aber auf Twitter unter Berufung auf „Rechtsexperten“, dass der Leck „ein Verbrechen sein könnte“ und an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet worden sei.

„Project Veritas“ versprach mittlerweile, im Gerichtsstreit „bis zum Ende“ zu kämpfen.

„Die Aussage über die Kontakte mit Strafverfolgungsbehörden und ein Verbrechen kam von CNNs PR-Mitarbeitern und nicht von ihren Anwälten, oder?“ sagte Neil McCabe, Kommunikationsdirektor von „Project Veritas“, gegenüber Sputnik. „Das war ein PR-Trick. Die Polizei klopft nicht an unsere Tür. (CNN) hat keine Rechtsexperten genannt... Das Ganze ist lächerlich.“

Die Plattform mache keine außergerichtlichen Einigungen, fügte McCabe hinzu. „Wir bringen alle vor Gericht.“

Er spottete weiter über Drohungen seitens der CNN-Rechtsexperten:

„Dies sind dieselben Rechtsexperten, die CNN gesagt haben, es sei in Ordnung, die geheimen Aufzeichnungen von Melania Trump und die ‚Access Hollywood‘-Aufnahmen von Präsident Trump zu veröffentlichen“, betonte McCabe. „Wann hat CNN jemals gesagt, Moment mal, wir können das nicht veröffentlichen, weil es möglicherweise gegen das Gesetz verstößt?“

In den Aufnahmen, die von "Project Veritas" veröffentlicht wurden, sagt jemand, der angeblich Jeff Zucker ist: „Ich glaube nicht, dass wir unbegründete Verleumdungen wiedergeben müssen, nur weil die rechten Medien es vorschlagen.“

Eine weitere Person – vermutlich der Executive Vice President und Rechtsberater von CNN – stimmt Zucker zu und sagt, dass „wir bei der Berichterstattung über die Geschichte um Hunter Biden äußerst vorsichtig sein sollten“ und fragt, warum einige politische Journalisten die

Geschichte in den sozialen Medien geteilt haben.

„Jeff Zucker, der scheidende Präsident von CNN, unterdrückt aktiv Nachrichten und übertreibt dann andere Geschichten“, kommentierte McCabe die Bänder. „Nicht weil die Geschichten wahr sind oder weil die Geschichten falsch sind. Sondern weil die Geschichten entweder zu Zuckers Weltanschauung passen oder nicht.“

McCabe betonte, dass die Regierung zwar nicht direkt in die Medien in den USA eingreift, es jedoch „kulturellen Druck“ gibt, der „fast strenger ist als jede Art von staatlicher Regulierung“.

Sputnik bat CNN um einen Kommentar zur Veröffentlichung der Aufnahmen, erhielt jedoch bislang keine Antwort.

Affäre um Laptop von Hunter Biden

Zuvor hatte die Zeitung „New York Post“ eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die auf den angeblich auf dem Laptop von Hunter Biden (Sohn des gewählten US-Präsidenten Joe Biden) entdeckten E-Mails basieren. Der Laptop soll in einer Reparaturwerkstatt im US-Bundesstaat Delaware gefunden worden sein.

Das FBI habe den Computer und die Festplatte im Dezember 2019 beschlagnahmt. Der Besitzer der Werkstatt habe jedoch eine Kopie der Festplatte angefertigt und sie später dem Anwalt des ehemaligen Bürgermeisters Rudy Giuliani, Robert Costello, übergeben.

Aus Berichten der „New York Post“ geht hervor, dass sich Biden Senior auf Hunters Bitte hin im April 2015 in Washington D.C. mit Vadym Poscharski, dem leitenden Berater des Managements des ukrainischen Energieunternehmens „Burisma“, getroffen hat. In einem der E-Mails soll Poscharski Hunter Biden gebeten haben, darüber nachzudenken, wie er „seinen Einfluss nutzen“ könnte, um dem Unternehmen zu helfen. Diese Enthüllungen widersprechen den Behauptungen von Joe Biden, er habe nichts mit der Arbeit seines Sohnes in Burisma zu tun gehabt.

Hunter Biden hatte den Posten eines Beraters bei der Burisma-Leitung mit einem Monatsgehalt von 50.000 US-Dollar inne. Anhänger von US-Präsident Donald Trump vermuten, dass Hunter Biden den Einfluss seines Vaters missbraucht hat, um eigene Geschäfte in der Ukraine durchzusetzen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0c/04/328471665_0:0:3002:1625_1000x0_80_0_1_7dd1c6b9108e3b1ee7de2836732e9889.jpg

deu.belta.by: Ausschluss von SWIFT würde der radikalen Opposition in Belarus einen schweren Schlag versetzen

Mit dem angekündigten Ausschluss der Republik Belarus aus dem SWIFT-System würde der radikalen belarussischen Opposition ein sehr schwerer Schlag versetzt. So kommentierte der Experte der öffentlichen Vereinigung „Belaja Rus“ Pjotr Petrowski gegenüber der Nachrichtenagentur BelTA die Aufrufe zur Verschärfung der wirtschaftlichen Sanktionen

gegen Belarus.

„Indem die Opposition zu solchen Maßnahmen aufruft, gibt sie zu erkennen, dass sie unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen keine Anhänger hat, um einen illegalen Staatsstreich zu orchestrieren. Das gibt sie auch offen zu. Die Opposition will Sanktionen einführen, um die sozialen und wirtschaftlichen Umstände im Land zu verschlechtern und Unmut zu säen“, sagte der Experte.

Die Aufrufe zum SWIFT-Ausschluss der Republik Belarus werden in erster Linie den Initiatoren dieser Forderung einen schweren Schlag versetzen, glaubt Petrowski. „Wir haben bereits in den 1990-er Jahren mit BelCard ein nationales System für Finanztransaktionen geschaffen, weil der Westen uns mit Sanktionen zu drohen begann. Darüber hinaus sind wir in das russische Bankensystem integriert. Viele Transaktionen werden über chinesische Systeme abgewickelt. SWIFT ist in Belarus kein Monopolist für die Bedienung finanzieller Transaktionen. Andererseits würde der Ausschluss des Landes von SWIFT in erster Linie der radikalen belarussischen Opposition einen schweren Schlag versetzen, weil sie in diesem Fall keine Finanzierung auf ihre Konten bekommen und gezwungen wäre, Bargeld über die Grenze einzuführen. Ich will daran erinnern, dass Summen in Höhe von über \$10.000 an der Grenze unbedingt deklariert werden müssen. Und wenn große Summen Bargeld regelmäßig ins Land eingeführt werden, wird es gewisse Bedenken in Bezug auf die Finanzierungsquellen und die Besteuerung geben. So wäre die radikale Opposition in Belarus unterfinanziert und würde weniger Spielraum für ihre Aktivitäten erhalten“, fügte er hinzu.

„Andererseits würde Belarus im Falle des SWIFT-Ausschlusses die illegale Finanzierung der Opposition besser kontrollieren und – wenn nötig – unterbinden können. Wenn der Westen diesen Schritt jedoch wagt, wird er vor allem seine belarussischen Partner benachteiligen“, schlussfolgerte Petrowski.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1607083044_54393_big.jpg

de.sputniknews.com: **Russland und Kasachstan unterzeichnen Abkommen zur beschleunigten Registrierung von „Sputnik V“**

Der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) und das Gesundheitsministerium Kasachstans haben ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, um die Registrierung, Produktion und Verteilung des russischen Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ zu beschleunigen. Dies geht aus der Mitteilung des Fonds hervor.

„Der Russische Direktinvestitionsfonds und das Gesundheitsministerium Kasachstans geben die Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens für die beschleunigte Registrierung, Produktion und Verteilung des weltweit ersten registrierten Impfstoffs gegen Coronavirus 'Sputnik V' bekannt“, hieß es in der Mitteilung.

Laut der Mitteilung hätten der Generaldirektor des russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF), Kirill Dmitriev, und der Gesundheitsminister Kasachstans, Alexej Tsoi, an der Unterzeichnungszeremonie teilgenommen.

Nachdem „Sputnik V“ von den kasachischen Registrierungsbehörden genehmigt werde, finde der Technologie-Transfer statt, hieß es. Dann werde man die Substanz liefern, um mindestens zwei Millionen Dosen des Impfstoffs in Kasachstan herstellen zu können.

„Dank dem Abkommen zwischen dem RDIF und der Republik Kasachstan wird die Bevölkerung des Landes Zugang zu einem Impfstoff gegen Coronavirus mit einer Wirksamkeit von über 91 Prozent haben, der auf einer bewährten und gut untersuchten Plattform von menschlichen Adenovirus-Vektoren entwickelt wurde. Die Produktion von 'Sputnik V' in Kasachstan wird die Logistikkosten senken und sicherstellen, dass der Impfstoff in kürzester Zeit an die medizinischen Einrichtungen geliefert wird. Darüber hinaus wird der Austausch von technologischen, wissenschaftlichen und medizinischen Erfahrungen zwischen unseren Ländern zunehmen“, sagte Dmitriev. ...

mil-Inv.su: **Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W.**

Leschtschenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 28. November bis 4. Dezember 2020

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die BFU siebenmal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Die Ortschaften **Kalinowo-Borschtschewatoje, Molodjoshnoje, Losowoje** und **Donezkij** wurden mit Granatwerfern, großkalibrigen und Schusswaffen beschossen.

Zudem wurden **Detonationen und technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der Positionen** in Luganskoje und Kondraschewskaja-Nowoaja festgestellt.

Außerdem haben Beobachter der LVR im GZKK drei Soldaten der 92. Brigade auf den ehemaligen ukrainischen Positionen im Gebiet des Trennungsabschnitts in Solotoje bemerkt.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten** von durch die Ukraine kontrollierten Ortschaften.

In der letzten Woche wurde folgende Stationierung von Militärtechnik der ukrainischen Besatzer entdeckt:

aus dem Bestand der 14. Brigade – zwei Abwehrgeschütze und einen Panzertransporter in einem Wohngebiet von Nishneje, drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Pritschepilowka;

aus dem Bestand der 92. Brigade – eine militärische Baumaschine im Gebiet von Wrubowka. ...

Nach Angaben unserer Aufklärung betragen die **nicht kampfbedingten Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ in der letzten Woche zehn Mann – drei Tote und sieben Verletzte ...**

Außerdem wurde in der letzten Woche 99 Fälle der Erkrankung von Soldaten mit der Coronavirusinfektion festgestellt – 40 in der 80. Brigade, 29 in der 92. Brigade, 13 in der 59. Brigade und 17 in der 14. Brigade.

Nationalistische Organisationen der Ukraine pflanzen der Jugend des Landes weiter die Ideologie des Faschismus ein. Nach uns vorliegenden Informationen hat Ende November der Vorsitzende der nationalistischen Organisation „Sokol“ Ju. Tscherkaschin

Agitationveranstaltungen zur Anwerbung von Aktivisten für seine Gruppierung durchgeführt.

Vom 25.- 27. November wurden in Uman in der Oblast Tscherkassy in den Mittelschulen 12 und 17 praktische Übungen mit Schülern der Klassen 9-11 in Sprengstoffkunde,

Sanitätswesen und Schießen durchgeführt. Außerdem wurden Vorlesungen zum Thema „Entstehung des ukrainischen Nationalismus in der Ukraine“ durchgeführt.

Die Schüler füllten Fragebögen aus und diejenigen, die in die nationalistische Organisation eingetreten wollen, werden im Dezember zu Übungen herangezogen, bei denen die frischgebackenen Nationalisten einen Eid auf die Treue zum Faschismus und Bandera ablegen werden.

Außerdem ist eine derartige Agitation unter der Jugend für Januar 2012 in Tscherkassy, Kamenka und Talnoje geplant, wo der Schwerpunkt auf Kinderheime und Kinder aus unvollständigen Familien gelegt werden wird.

Es ist wichtig anzumerken, dass diese nationalistische Organisationen vom SBU betreut wird. Wir wenden uns an die Bürger der Ukraine, die Geschichte hat gezeigt, wozu der Nazismus führt. Lassen Sie sich nicht betrügen. Nehmen Sie nach an von Nazisten organisierten Veranstaltungen teil. Lassen Sie nicht zu, dass sich eine Tragödie wiederholt. All dies ist die Folge der destruktiven Politik Selenskijs, die zur Einpflanzung der Ideologie des Nazismus unter der Jugend führt. ...

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: An Bau beteiligtes Rohrlegeschiff auf Fahrt von Kaliningrad nach Westen**

Das russische Rohrlegeschiff „Akademik Cherskiy“ ist von dem Ankerplatz in der Region Kaliningrad laut dem Schiffsverfolgungssystem „Vesselfinder“ in Richtung Westen ausgelaufen.

Das Schiff befindet sich jetzt in der Ostsee und fährt mit 5,8 Knoten ohne bestimmtes Ziel in Richtung Westen. Sein Status wird als „auf hoher See“ definiert. Die Ankunftszeit wird mit dem 5. Dezember um 6 Uhr angegeben.

Die „Akademik Cherskiy“ wird nach Angaben des Bundesamtes für Schifffahrt und Hydrographie (BSH) Rohrverlegearbeiten für Nord Stream 2 durchführen. Die Arbeiten zur Verlegung der Pipeline in deutschen Gewässern wurden für Dezember vereinbart. Ein Antrag für die Fortsetzung der Arbeiten von Januar bis April nächsten Jahres sei auch in Betracht genommen.

Das Schiff war am 28. November in Kaliningrad eingetroffen, wo seine Motoren getestet wurden, so Marine Traffic. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/15/328233524_0:198:3067:1857_1000x080_0_1_a2cb25fa22e43492f591503f366766a2.jpg

mil-lnr.su: **Operative Informationen der Volksmiliz der LVR**

Trotz der Zusatzmaßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung des Regimes der Feuereinstellung in der OOS-Zone ignorieren einzelne ukrainische Kommandeure offen die Befehle der übergeordneten Führung und versuchen so die Lage zu destabilisieren.

In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle des Regimes der

Feuereinstellung haben Kämpfer des 9. Bataillons der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Luganskoje eine Feuerprovokation mit Schusswaffen auf unsere Positionen im Gebiet von **Kalinowka** durchgeführt.

In Richtung Debalzewo haben Kämpfer desselben Bataillons aus Richtung Swetlodarskoje zwei Feuerprovokationen mit Granatwerfern auf unsere Positionen im Gebiet von Kalinowka durchgeführt.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus sowie um Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern, wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diese Fälle in Kenntnis gesetzt.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, halten die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands streng ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Veränderungen der Lage zu reagieren.

de.sputniknews.com: **Kreml zu neuen US-Sanktionsplänen wegen Nord Stream 2: Verstoß gegen Völkerrecht**

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow hat sich am Freitag gegenüber Journalisten zu dem Gesetzentwurf des US-Kongresses geäußert, der die Ausweitung der Strafmaßnahmen gegen die am deutsch-russischen Pipelineprojekt Nord Stream 2 beteiligten Unternehmen vorsieht. Dabei sprach er auch von einem Verstoß gegen die Grundregeln des Völkerrechts.

„Natürlich verstoßen solche Schritte unserer Überzeugung nach grundsätzlich gegen die Grundsätze des internationalen Handels und darüber hinaus des Völkerrechts“, sagte Peskow. Russland werde alles tun, um seine Interessen vor dem Hintergrund der US-Bemühungen zu schützen, das Projekt Nord Stream 2 zu verhindern.

„Wir werden alles tun, um unsere Interessen sowie die Interessen der internationalen Handelsprojekte zu schützen“, fügte er hinzu. Damit beantwortete Peskow die Frage, ob der Kreml einen vorläufigen Plan erwägen würde, um den US-Sanktionen entgegenzuwirken. Dabei verzichtete er darauf, sich dazu zu äußern, ob Russland spezielle Regelungen für die Unternehmen einführen werde, um Verluste aus möglichen Strafmaßnahmen auszugleichen. „Ich werde es natürlich aus verständlichen Gründen unterlassen, bestimmte Nuancen zu kommentieren“, so der Kremlsprecher.

Auch Konstantin Kossatschjow, der Chef des Außenausschusses des russischen Oberhauses, hat am Freitag gegenüber der Agentur RIA Novosti einen Kommentar gegeben.

„Die Besessenheit der US-amerikanischen Politiker mit der 'Superaufgabe', um jeden Preis die Umsetzung der Gaspipelineprojekte mit russischer Beteiligung zu blockieren, überrascht niemanden mehr. Hier beobachten wir die Einheit selbst jener Kräfte, die in vielen anderen Fragen offen miteinander in Konflikt stehen“, sagte Kossatschjow.

Er erinnerte daran, dass das Gesetzespaket zum US-Verteidigungshaushalt für 2021 noch von Präsident Donald Trump unterzeichnet werden müsse, der zuvor schon zweimal versprochen habe, ein Veto dagegen einzulegen. Das Gesetz könne aber, so der Parlamentarier, trotz des Präsidentenvetos verabschiedet werden. Dafür sei die Unterstützung von zwei Dritteln der Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats erforderlich, und dies sei „im Prinzip möglich“.

„Wie dem auch sei, die 'Sanktionsdiplomatie' der Vereinigten Staaten geht weiter, und die USA zeigen der Welt erneut, was ihre Führungsrolle bedeutet: Nicht selbst zu schaffen und andere am Bauen zu hindern. Es ist seltsam, wenn vor einem solchen Hintergrund jemand über einen grundlosen Antiamerikanismus in Russland spricht, resümierte Kossatschjow.

USA gegen Nord Stream 2

Im Streit um die deutsch-russische Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 will der US-Kongress die angedrohten Sanktionen gegen die an der Pipeline beteiligten Unternehmen zwar ausweiten, vorher aber europäische Partnerstaaten konsultieren, hieß es in dem Entwurf für das Gesetzespaket zum US-Verteidigungshaushalt, auf den sich Demokraten und Republikaner in

beiden Kammern im US-Kongress einigten.

Außerdem sollen in diesem Zusammenhang keine Sanktionen gegen die Regierungen von Deutschland, anderen EU-Mitgliedsstaaten, der Schweiz, Norwegen und Großbritannien sowie gegen die EU selbst verhängt werden dürfen.

Nach einer Verabschiedung durch beide Kammern im Kongress muss US-Präsident Donald Trump das Gesetz unterzeichnen, damit es in Kraft tritt.

Das Pipeline-Projekt kostet rund zehn Milliarden Euro und umfasst den Bau von zwei Strängen mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern pro Jahr von der russischen Küste durch die Ostsee bis nach Deutschland. Die USA, die verflüssigtes Erdgas auf den europäischen Markt bringen wollen, treten gegen den Bau von Nord Stream 2 auf.

Das deutsche Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) bestätigte am 1. Dezember, einen Weiterbau der Gaspipeline im deutschen Gewässer für Dezember genehmigt zu haben. Es werde ein Antrag für die Arbeiten von Januar bis April 2021 untersucht. Laut der Sprecherin Merle Mansfeld könnte die Verlegung der Rohrleitungen am 5. Dezember wieder aufgenommen werden.

abends:

de.sputniknews.com: **Tichanowskaja richtet Brief an Papst Franziskus**

Die weißrussische Ex-Präsidentschaftskandidatin und Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja hat bekanntgegeben, sie habe einen offenen Brief an Papst Franziskus geschickt, in dem die Situation in Weißrussland nach den Präsidentschaftswahlen im August beschrieben werde.

„Heute hat Swetlana Tichanowskaja einen 'offenen Brief' an Papst Franziskus geschickt. Dies ist eine Antwort auf seine Enzyklika 'Fratelli Tutti' (Alle Brüder), die am 3. Oktober veröffentlicht wurde. Swetlana Tichanowskaja hat in ihrem Brief über die Ereignisse in Weißrussland, den Heroismus der friedlichen Menschen geschrieben und Papst Franziskus dazu aufgerufen, die Weißrussen in ihrem Streben nach 'besserer Politik' und 'sozialer Freundschaft' zu unterstützen, über die er selbst in der Enzyklika gesprochen habe“, hieß es in der Mitteilung auf dem Telegram-Kanal von Tichanowskaja.

Ferner hieß es, der Brief sei direkt an das Staatssekretariat des Vatikans geschickt und ebenso dem Apostolischen Nuntius in Litauen, Denis Kutschinski, einem Mitglied des Teams von Tichanowskaja, persönlich übergeben worden.

Besonderes Augenmerk richte der Brief auch auf die Persönlichkeit von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, dem Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in Weißrussland, der laut dem Bericht auf der Webseite von Tichanowskaja „zu den Ersten gehörte, die die Behörden zum Dialog und zur Beendigung der Gewalt aufriefen, woraufhin ihm illegal das Recht verweigert wurde, zu seiner Gemeinde zurückzukehren“.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/12/327953562_0:180:3135:1877_1000x080_0_1_b42ffa8b341441506b181db53b71fd57.jpg